

Am 17. 05. 2024 hat der Bremer Autor Arn Strohmeier sein neues Buch „*Müssen wird Israel lieben? Einwände gegen die deutsche Staatsräson*“ im *Paradox* in Bremen vorgestellt. Um Liebe ging es dabei weniger, eher um den Kampf der deutschen Staatsorgane gegen die antizionistischen und palästinasolidarischen Bewegungen, die als antisemitisch denunziert werden, wenn sie es wagen, die israelische Besatzungsmacht und ihre seit 1967 praktizierte barbarische Gewalt zu skandalisieren. Das Buch ist informativ, historisch und politisch fundiert und – ein Vorteil in Zeiten des literarischen Überangebots - nicht zu dick. Wer sich darüber hinaus für Arn Strohmeiers Arbeit interessiert, findet auf <https://www.arnstrohmeier.de/> ein erstaunlich breites Spektrum seiner publizistischen Tätigkeit.

BF

***Arn Strohmeier: „Müssen wird Israel lieben? Einwände gegen die deutsche Staatsräson“***

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ich möchte Ihnen heute Abend dieses Buch vorstellen, das die die deutsche Staatsräson gegenüber Israel zum Thema hat, und das ich unter dem Eindruck der schrecklichen Ereignisse im Gazastreifen geschrieben habe. Das Problem der Staatsräson ist ja nicht neu, ich habe es aber hier auf Israels Krieg in Gaza angewendet. Die deutsche Politik und die Mainstream-Medien haben es den Deutschen seit Jahren unermüdlich eingebläut, wer im Nahost-Konflikt die Guten und wer die Bösen sind. Der 7. Oktober 2023, als Hamas Kämpfer die Gefängnismauern des Gazastreifens durchbrachen und über tausend Israelis umbrachten und viele Zivilisten entführten, war in Deutschland eine einschneidende Zäsur, die endgültig die Guten von den Bösen getrennt hat.

Damit soll das Massaker der Hamas in keiner Weise gerechtfertigt werden. Massaker kann man nie rechtfertigen, wer auch immer in welcher Absicht sie begeht. Das Massaker der Hamas war ohne Wenn und Aber ein schreckliches Kriegsverbrechen. Es gibt keine Legitimation für ein solches Morden an unschuldigen Menschen.

Als ich an jenem Tag die Nachricht von dem furchtbaren Ereignis hörte, mischten sich bei mir in den ersten Schock und das Entsetzen zugleich schlimme Ahnungen über die Folgen ein: Diese Mordtat wird noch entsetzlichere Rachemorde Israels auf der palästinensischen Seite hervorrufen.

Die Reaktionen Israels ließen nicht lange auf sich warten: „Wir werden kämpfen, bis wir ihr Rückgrat brechen,“ (Präsident Jitzhak Herzog), oder: „Wir werden Gaza zu einer Insel aus Ruinen machen“ (Ministerpräsident Benjamin Netanjahu), der den Rachezug gegen die Hamas auch als „Krieg gegen Amalek“ bezeichnete, einen biblischen Feind, dessen Männer, Frauen und Kinder die Israelis auf Geheiß ihres Gottes vernichten sollten. Oder: „Wir werfen hunderte Tonnen Bomben auf Gaza. Der Fokus liegt auf Zerstörung, nicht auf Genauigkeit“ (der Sprecher der israelischen Armee Daniel Hagari).

Oder: „Es wird keinen Strom geben, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff, kein Wasser, alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen Tiermenschen und handeln entsprechend“ (Verteidigungsminister Yoav Galant), oder: „Tiermenschen werden entsprechend behandelt, ihr wolltet die Hölle und ihr kriegt die Hölle“ (Generalmajor Ghassan Allan), oder: „Löscht ihre Familien aus, ihre Mütter und ihre Kinder. Diese Tiere dürfen nicht länger leben“ (Ezra Yachim, Armee-Veteran), oder: „Gaza zerschlagen und dem Erdboden gleichmachen!“ (der Knessetabgeordnete Tally Gotliv). Der hohe Militär Giora Eiland (er war u.a. auch Chef des Nationalen Sicherheitsrates) forderte sogar, Epidemien in Gaza zu entfachen, „weil sie Israels Kriegsführung erleichtern und die Todesopfer unter den Soldaten verringern würden.“

Das ist die rassistische Sprache des Unmenschen, und sie verrät den Tatbestand des beabsichtigten Völkermords, weil hier ganz offensichtlich die Tötung auch der Zivilbevölkerung (oder großer Teile von ihr) geplant wurde. Israel war ganz offensichtlich gewillt, seine Dahyia-Doktrin anzuwenden, die besagt, dass im Falle eines Angriffs auf Israel der Armee unter Brechung des Völkerrechts „alles erlaubt ist“ – auch das rücksichtslose Vorgehen gegen die feindliche Zivilbevölkerung und ihre Infrastruktur. So kam es dann auch. Israel hat Wort gehalten, es hat die brutalen Ankündigungen seiner Politiker in die Tat umgesetzt. Der Gazastreifen ist so gut wie vollständig zerstört und damit unbewohnbar geworden.

Man hätte aus dem Hamas-Massaker ja auch die Schlussfolgerung ziehen können, dass man der Jahrzehnte langen Gewalt zwischen Israelis und Palästinensern endlich mit einer Lösung der Vernunft und Gerechtigkeit ein Ende setzen müsse. Aber das ist illusorisches, utopisches Denken. Das Zerstörungswerk und das Morden in Gaza wird neuen Hass und neue Gewalt erzeugen. Wenn die Hamas nicht überleben wird, werden andere Gruppen die Träger sein. Die Heuchelei, um den Genozid in Gaza zu rechtfertigen, hat neue

Triumphe gefeiert und man wird gerade der deutschen Bevölkerung immer wieder einhämmern: Wir sind auf der Seite der Guten und befinden uns auf der richtigen Seite der Geschichte.

Das hier Gesagte gilt besonders für Deutschland, denn die deutsche Politik und die Mainstream-Medien standen und stehen bedingungslos hinter Israel und seinem Rachefeldzug im Gazastreifen, der als „Recht auf Selbstverteidigung“ deklariert wurde. Bundeskanzler Olaf Scholz sah Israels Vorgehen eindeutig in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und „unseren“ Werten. Hier wird die ganze Perversion einer Politik deutlich, die sich, um Schuld für den von Deutschen begangenen Holocaust abzutragen, eng an Israel angekettet hat und deshalb die äußerst inhumane Kriegs- und Unterdrückungspolitik dieses Staates gegen die Palästinenser mitträgt. Waren die ursprünglichen Motive und Ziele der deutschen Versöhnungspolitik mit Israel und Juden vielleicht moralisch integer, ist daraus eine Politik geworden, die Unrecht unterstützt, ja geradezu produziert.

Wer es noch nicht sehen oder verstehen will: Israels Rachefeldzug im Gazastreifen hat es auf grausame Weise bestätigt: Zionisten sind Täter. Sie haben einen Genozid begangen. Die Toten des Hamas-Massakers waren der willkommene Vorwand, eine neue Nakba durchzuführen. Die deutsche Politik hat an dieser neuen Katastrophe des palästinensischen Volkes mitgewirkt. Aus der Schuldmentalität hat sich Laufe der Jahre eine staatsverbindliche Ideologie herausgebildet, die die Existenz und die Sicherheit Israels als Staatsräson ansieht, die völlig unabhängig davon gültig ist, wie dieser Staat sich politisch ausrichtet und was er tut.

Ich will Ihnen die Kernaussagen über die Staatsräson, die ich in meinem Buch beschrieben habe, vortragen. Man kann das Problem der deutschen Staatsräson aus sehr verschiedenen Perspektiven betrachten: aus der psychologischen, historischen, politischen, juristischen, völkerrechtlichen und moralischen Sicht. Ich will versuchen, alle Seite dieser Problematik anzusprechen.

Die Deutschen hatten nach dem Krieg 1945 das große Problem (und haben es auch heute noch), mit der Last des Holocaust umzugehen. Wie haben sie das gemacht? Nach der Katastrophe des Hitlerstaates brauchten sie bzw. die politische Elite unbedingt seelische Entlastung von der furchtbaren Vergangenheit. Man mutierte vom Antisemitismus zum Philosemitismus und

glaubte so, Sühne für den Genozid an den europäischen Juden leisten zu können, indem man das zionistische Projekt bedingungslos unterstützte. Die Ermordeten konnte man nicht mehr um Vergebung bitten, also schuf man sich mit dem Staat Israel ein Ersatzobjekt für die „Wiedergutmachung“.

Das Israel, dem man sich in der Hoffnung zuwandte, Sühne zu erlangen, war aber nicht der Staat, der die Nakba durchgeführt hatte, sondern man konstruierte sich ein idealisiertes und abstraktes Wunschbild vom Judenstaat. Er wurde vorrangig als die Zufluchtstätte der Holocaustüberlebenden gesehen. Das war er zwar auch, aber in erster Linie war er ein mit Gewalt errichtetes Projekt, dem die „Ursünde“ anhing, auf dem Rücken der Palästinenser errichtet worden zu sein.

Die Verbrechen der Zionisten übersah die deutsche Seite und schwieg dazu. Man bewegte sich also in einer realitätsfernen Idealwelt und sprach von gemeinsamen Werten, die es mit einem Staat, der von Anfang an einen Siedlerkolonialismus praktiziert hatte, gar nicht geben konnte. Die Beziehung der Bundesrepublik zu Israel war also von Anfang an von Unaufrichtigkeit geprägt und deshalb ein Dilemma. Denn mit der bedingungslosen Unterstützung des zionistischen Projekts machte man sich zum Verbündeten, ja zum Komplizen einer anachronistischen kolonialistischen Verdrängungs- und Unterdrückungspolitik.

Deutschland lieferte einen wichtigen Beitrag – auch mit Waffenlieferungen – zur Schaffung und Aufrechterhaltung der Besatzung über die Palästinenser. Eigentlich hätte es für die deutsche Politik nur eine Schlussfolgerung aus dem Holocaust geben können: bedingungslos für die Menschenrechte einzutreten, um dem „Nie wieder!“ für alle Menschen universal und global Rechnung zu tragen. Aber die deutsche Politik wählte einen anderen Weg und erhoffte sich Sühne und Vergebung durch die Konzentration auf den siedlerkolonialistischen Staat Israel. Die deutsche politische Elite teilte mit Israel ohne Wenn und Aber auch die Erinnerung an den Holocaust, die der zionistische Staat monopolistisch für sich in Anspruch nahm.

Um die unheilvolle Vergangenheit überwinden zu können, hätte es der Trauerarbeit bedurft, das heißt, man hätte das Trauma im Sinne der Psychoanalyse durcharbeiten müssen. Aber man ging nicht diesen von der Psychoanalyse vorgezeichneten aufklärerischen Weg des Erinnerns, also des auch gefühlsmäßigen Wiederholens und Durcharbeitens, sondern wählte zur

Bewältigung des Holocaust den Weg der totalen Identifizierung mit Israel, um Sühne zu leisten. Die Identifizierung mit Israel, ja die Überidentifizierung mit diesem Staat – gipfelnd im Dogma der „Staatsräson“, für Israels Existenz und Sicherheit verantwortlich zu sein – hat die deutsche Politik in den letzten Jahrzehnten geprägt. „Wenn man selbst Jude sein darf, ist man nicht mehr ‚Täter‘, sondern ‚Opfer‘, hat somit etwas nagend Quälendes an sich ‚wiedergutmacht‘“, schreibt der Israeli Moshe Zuckermann.

Wobei man diese Aussage richtig verstehen muss, denn die deutsche Identifizierung mit Juden bezieht sich nur auf die „richtigen“ Angehörigen dieses Volkes, nur auf systemtreue, zionistisch gesinnte Juden – selbst wenn sie rechtsradikal und religiös-fundamentalistisch sind, wie das die deutsche Politik in der jüngsten Zeit, als in Israel ultranationalistische und profaschistische Kräfte an die Macht kamen, mit ihren durch nichts zu erschütternden Treuebekundungen zu diesem Staat bewiesen hat. Juden, die dem Zionismus und seiner Politik kritisch gegenüberstehen, also nicht partikularistisch-nationalistisch denken, sondern in bester jüdischer Tradition universalistisch, werden in Israel als „Verräter“ und in Deutschland als „Antisemiten“ diffamiert.

Nach dem psychologischen Blick auf die Staatsräson möchte ich den Blick auf die Geschichte der Staatsräson werfen. Wie kam es überhaupt, dass dieser Begriff plötzlich im Rampenlicht der deutschen Politik stand? Der Grund hängt sicher mit der deutschen Wiedervereinigung zusammen. Deutschland hatte durch die Wiedergewinnung der Einheit einen großen Machtzuwachs erfahren, es war wieder zum mächtigsten Land in Europa geworden. Dieses Faktum musste internationale Ängste wecken. Die deutsche Politik musste und wollte also der Außenwelt die Friedfertigkeit und die Stabilität ihrer Demokratie demonstrieren. Das Staatsräson-Bekenntnis zu Israel muss wohl in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel versicherte dem zionistischen Staat 2008 in einer Rede vor der Knesset in Jerusalem (der Anlass war das 60. Jubiläum der israelischen Staatsgründung), dass Israels Sicherheit deutsche Staatsräson und nicht verhandelbar sei. Ob der Kanzlerin bewusst war, was für einen gefährlichen, weil historisch sehr belasteten Begriff sie da benutzt hatte, ist nicht bekannt, denn der Begriff stammt aus dem feudalen Absolutismus.

Der deutsche Jurist und Diplomat Gerhard Fulda hat zu dem Begriff Staatsräson einige bedenkenswerte Anmerkungen gemacht. Er hat das Wort bei dem

italienischen Schriftsteller und Diplomaten Niccolò Machiavelli (1469-1527) gefunden, der in seinem Werk *Der Fürst* die Macht der adeligen Machthaber der damaligen Zeit rechtfertigte. Diese Fürsten übten unumschränkte Gewalt aus, um den Staat und seine Macht zu erhalten. Sie durften lügen und betrügen, einsperren und töten. Recht und Moral und der Wille der Bürger spielten keine Rolle, wenn man sich gegen andere Staaten behaupten musste. Der Zweck des Staates – eben seine Staatsraison – war sein Fortbestand gegen jegliche Gefährdung. Das Recht des Fürsten stand also über dem Recht des Individuums.

Fulda fragt, wie eine solche Auffassung in den Redetext der deutschen Bundeskanzlerin in der Knesset kommen konnte. Es ist interessant, wer den Begriff im Zusammenhang mit dem Holocaust und Israel zum ersten Mal benutzt hat. Es war kein geringerer als Joschka Fischer. Er schrieb 1985 in einem Artikel für DIE ZEIT: „Nur die Verantwortung für Auschwitz kann die Essenz der westdeutschen Staatsraison sein. Alles andere kommt danach.“ Fischer versuchte also, aus dem Prinzip der Verantwortung für den Holocaust eine Vision für die Außenpolitik abzuleiten.

Den Begriff hat dann der SPD-Politiker Rudolf Dressler in einem Essay gebraucht. Dressler hatte seine Karriere als Gewerkschafter begonnen, hatte dann seine Partei im Bundestag vertreten und es als Seiteneinsteiger geschafft, Botschafter in Israel zu werden. Dressler hatte geschrieben: „Die gesicherte Existenz Israels liegt im nationalen Interesse Deutschlands, ist somit Teil unserer Staatsraison.“ Dieser Satz ist unlogisch, weil da von einem „Teil unserer Staatsraison“ die Rede ist.“ Denn dann hätte die Staatsraison mehrere Teile, das kann aber nicht im nationalen Interesse liegen.

Fulda nimmt an, dass Dressler sich kaum bewusst war, welchen bedeutungsschweren Hintergrund er mit seiner Veröffentlichung ins allgemeine Bewusstsein getragen hat. Dressler hat den Begriff der Staatsraison – wie andere Quellen ergänzen – als Reaktion auf die Selbstmordattentate der zweiten Intifada in Israel neu verwendet. Er sah durch diese Attentate die Sicherheit Israels gefährdet und formulierte deshalb den Satz: „Die gesicherte Existenz Israels liegt im nationalen Interesse Deutschlands, ist somit Teil unserer Staatsraison.“ Staatsraison bedeutet nicht zuletzt, so muss man Dressler verstehen, den israelisch-palästinensischen Konflikt allein durch die Brille des Holocaust zu sehen. Nach den Gründen, warum sich die Palästinenser in der Intifada gegen Israel erhoben, fragte er nicht.

Merkels Festlegung auf die Einzigartigkeit des Holocaust und die daraus sich ergebende Ableitung der Staatsräson hatte und hat beträchtliche Konsequenzen: Sie verpflichtet die deutsche Politik einseitig auf die enge Anbindung an Israel, begründet die bedingungslose Solidarität mit diesem Staat und macht die Einzigartigkeit des Holocaust zum Kernelement der historischen Identität Deutschlands. Einzigartigkeit bedeutet aber auch, dass das historische Ereignis des Holocaust in der Erinnerung herausgehoben und außerhalb der geschichtlichen Forschung gestellt wird, es wird also als unvergleichbares Ereignis geschichtslos gemacht, also enthistorisiert. Heute ist das Engagement für Israel als Prinzip der deutschen Staatsräson zum Konsens im gesamten etablierten Spektrum Deutschlands geworden.

Aus der Festlegung, dass Israels Sicherheit deutsche Staatsräson sei, folgte natürlich, dass man für die Sicherheit Israels auch etwas tun musste. Und deshalb lieferte man in großen Umfang Waffen an Israel, unter anderem auch die U-Boote, die Israel mit atomaren Mittelstreckenraketen ausgerüstet hat. Ihre Zweitschlagsfähigkeit ist vor allem gegen den Iran gerichtet, von dem Israel sich bedroht fühlt. Israel versteht seine Nuklearwaffen als Lebensversicherung. Deswegen sah man in Israel die Lieferung der U-Boote, die Israel mehr oder weniger von Deutschland geschenkt bekam, auch als Reparationsleistung, die den Staat vor einem neuen Holocaust bewahren sollen.

Fulda schließt seine Betrachtung über die Staatsräson mit einer Absage an den Begriff, sie sollte in unseren Beziehungen zu Israel nicht mehr verwendet werden. Er begründet das so: „Man kann mit guten Gründen die Meinung vertreten, dass eine Staatsräson mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Ihr ‚Basta‘-Charakter verletzt die Meinungsfreiheit und die Menschenwürde. Ihre Verwendung beamt uns im Verständnis unserer Staatslehre um 400 Jahre zurück. Dann könnten wir auch gleich wieder glauben, die Sonne drehe sich um die Erde.“

Juristisch kann man hinzufügen: Der Begriff ist viel zu vage und ungenau, er ist völlig unscharf. Selbst wenn Merkels Versprechen von 2008 berechtigt wäre, könne es wegen offenkundiger Rechtsbrüche Israels nicht mehr aufrechterhalten werden. Außerdem: Selbst wenn man die Staatsräson für legitim hält, muss man davon ausgehen, dass sie Grenzen hat. Sie würde spätestens dort enden, wo die Normen des Völkerrechts und das Friedensgebot des Grundgesetzes (Präambel und Art. 1, Abs. 2) anfangen. Deutschland ist als verfassungsmäßiger Rechtsstaat der Stärke des Rechts verpflichtet und nicht

dem Recht des Stärkeren. Außerdem darf ein Rechtsstaat niemals mit zweierlei Maß messen.

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat das wohl auch so verstanden, denn er merkte dazu an, Kanzlerin Merkel neige „aus dem Bewusstsein heraus, mit der Verantwortung belastet zu sein, dass sich so etwas wie der Holocaust an den Juden niemals wiederholen dürfe, zu Übertreibungen. Zum Beispiel, die Sicherheit Israels als Staatsräson anzusehen.“ Für Israels Sicherheit mitverantwortlich zu sein, sei eine „gefühlsmäßig verständliche, aber törichte Auffassung, die sehr ernsthafte Konsequenzen haben könnte“, so Schmidt weiter. Wenn es zum Beispiel zwischen Israel und Iran zum Krieg käme, dann hätten nach dieser Auffassung deutsche Soldaten mitzukämpfen.

Als Reaktion auf das mörderische und zerstörerische Vorgehen der Israelis im Gazastreifen bekannte Bundeskanzler Olaf Scholz, dass Israel eine Demokratie sei und sich ans Völkerrecht halte. Man teile die dieselben Werte.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier versicherte Israel nicht nur seiner Solidarität, sondern fügte hinzu, dass Israel sich wehre und gegen eine existentielle Bedrohung kämpfe. Wie das – standen die Kämpfer der Hamas schon im Begriff, Jerusalem und Tel Aviv einzunehmen? Der Krieg und die Zerstörungen finden ausschließlich im Gazastreifen statt, indem eine der stärksten und bestausgerüsteten Armeen der Welt gegen eine kleine Guerilla-Truppe kämpft, die gar keine Unterstützung von außen bekommen kann, weil Israel den Streifen hermetisch abriegelt hat. Dieser Krieg ist ein typisches Beispiel für eine asymmetrische Auseinandersetzung. Israels Existenz war zu keinem Zeitpunkt bedroht.

Die Hamas hat wie alle unterdrückten ethnischen Gruppen ein Recht auf Widerstand gegen die Besatzer und deren Blockade, wobei sie aber nicht gegen Zivilisten vorgehen darf. Diese Argumentation hat der amerikanisch-jüdische Völkerrechtler Richard Falk vorgebracht, der 40 Jahre an der Princeton University Internationales Recht lehrte und sechs Jahre lang Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Menschenrechte in den von Israel besetzte palästinensischen Gebieten war.

Unter Berufung auf die Staatsräson, also Israels Sicherheit zu gewährleisten, verstößt die deutsche Politik massiv gegen das Völkerrecht. Der deutsche Völkerrechtler Norman Paech ergänzt die Aussagen Falks durch folgende Feststellungen: Israel kann sich gegen die Angriffe der Hamas verteidigen, aber

diese Verteidigung muss immer verhältnismäßig sein. Sie hat sich stets innerhalb der Grenzen des humanitären Völkerrechts (Haager und Genfer Konventionen) zu bewegen. Wenn die israelische Armee über die Rückschlagung des Hamas-Angriffs hinausgeht, „um die Hamas zu vernichten“ und der Bevölkerung Wasser, Nahrung und Energie verwehrt, sie also Verhungern, Verdursten und Krankheiten aussetzt, dann hat sie das Gebot der Verhältnismäßigkeit überschritten, handelt völkerrechtswidrig und begeht sogar ein Kriegsverbrechen.

Wobei Paech darauf hinweist, dass in der Vergangenheit schon die Besiedlung des Westjordanlandes und die Blockade des Gazastreifens völkerrechtswidrig waren. Norman Paech spricht angesichts von Israels Rachefeldzug von einer „totalen Verhöhnung des Völkerrechts durch Israel.“ Man darf fragen, wo eine völkerrechtlich gut begründete Stellungnahme der deutschen Außenministerin blieb, die ja immer behauptet, sie käme vom Völkerrecht.

Nach dem hier Gesagten muss man konstatieren, dass Deutschland sich mit der Betonung seiner vollen Solidarität mit Israels Zerstörungskrieg im Gazastreifen zum Komplizen einer mörderischen Vergeltungsaktion gemacht hat. Das israelische Vorgehen hatte schon nach kurzer Zeit viel verheerendere Ausmaße als die Hamas-Attacke. Richard Falk urteilt: „Indem sie sich nicht für einen Waffenstillstand eingesetzt haben, haben die westlichen Staaten grünes Licht für die israelische Agenda der kollektiven Bestrafung gegeben, die selbst ein grotesker Deckmantel für das Endziel des [israelischen] Regimes sein konnte, die massive Enteignung und ethnische Säuberung des palästinensischen Volkes.“

Nach den Kriterien des Völkerrechts muss man davon ausgehen, dass Israel im Gazastreifen Völkermord begangen hat. Die Definition für Völkermord ist: Er liegt bei jeder der folgenden Handlungen vor, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten: Tötung von Mitgliedern der Gruppe, Zufügung schwerer körperlicher und seelischer Schäden, vorsätzliche Herbeiführung von Lebensbedingungen, die auf die Vernichtung der Gruppe abzielen; Verhängung von Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten; oder gewaltsame Überführung von Kindern in eine andere Gruppe.

Die Aktionen Israels im Gazastreifen und ihre schrecklichen Folgen für die gesamte Zivilbevölkerung sowie die wiederholten Drohungen israelischer

Spitzenpolitiker, die die eindeutige Absicht bekundeten, so viele Palästinenser wie möglich zu töten oder ihnen zumindest schweren Schaden zuzufügen, legen nahe, dass der Tatbestand des Völkermords erfüllt sein kann, was gerichtlich zu klären sein wird. Der IGH bereitet ja ein Urteil dazu vor.

Deutschland hätte dann dazu aktiv Beihilfe geleistet, obwohl es nach seiner Vergangenheit unter den westlichen Staaten eine besondere Position einnimmt. Denn es wäre eigentlich verpflichtet, nicht einseitige, partikuläre ausschließlich auf Israel konzentrierte Lehren aus dem Holocaust zu ziehen, sondern universalistische, das heißt, dass alle Menschen ungeachtet ihrer Hautfarbe, Religion, Nationalität und Weltanschauung vor Menschenrechtsverletzungen geschützt werden müssen.

Doch was für die Bürger Israels selbstverständlich ist, gilt nicht für die Palästinenser. Sie genießen weder im Westjordanland noch im Gazastreifen (vor der Zerstörung) menschenrechtlichen Schutz. Und in Deutschland erfahren sie (ob schon eingebürgert oder noch nicht) – wegen der engen Bindung an Israel – zunehmend Diskriminierung. Herkunft und Hautfarbe entscheiden wieder über die Zuteilung von Rechten. Nirgendwo in Äußerungen deutscher Politiker und in den deutschen Mainstream-Medien war davon die Rede, dass auch die Palästinenser ein Recht auf Schutz und Sicherheit haben. Damit hat Deutschland nicht nur die falschen Lehren aus der Geschichte gezogen, sondern es lädt sogar neue Schuld auf sich. Es ist verheerend, wenn die deutsche Schuld aus der NS-Zeit dazu führt, die Realität nicht zu sehen, die Dinge nicht bei ihrem wirklichen Namen zu nennen und neue monströse Verbrechen zu billigen. Und sich dabei auf eine höchst bedenkliche Staatsräson zu berufen.

Die Reaktion der deutschen Politik auf den Gaza-Krieg hat also die ganze Widersprüchlichkeit, man kann auch sagen moralische Abgründigkeit bloßgelegt, die aus einer von der Staatsräson bestimmten Politik hervorgeht. Die Israel-Politik, die Deutschland gemäß der Staatsräson betreibt, ist also sowohl juristisch in Bezug auf das Grundgesetz wie auch vom Völkerrecht her gesehen und auch moralisch höchst fragwürdig. Wie fragwürdig und von einer Doppelmoral bestimmt das deutsch-israelische Verhältnis ist, belegt auch eine aktuelle Nachricht.

Als der israelische Regierungschef Netanjahu Bundeskanzler Scholz empfing, sagte er zu ihm, dass die Hamas die „neuen Nazis“ seien. Was er damit meinte, ist klar: Deutschland könne und müsse sich damit auf die richtige Seite der

Geschichte stellen, in dem es Israel in seinem Überlebenskampf gegen die Nazis von heute unterstütze. Diesen Nazi-Vergleich kann man so natürlich nicht stehen lassen. Solche Vergleiche sind in Israel aber üblich. Nicht nur die Hamas wurde mit den Nazis gleichgesetzt, sondern auch die Palästinenser als Ganzes. Der PLO-Chef Yassir Arafat wurde ständig mit Hitler verglichen. Dass die Palästinenser keine Nazis sind und auch nicht waren, braucht man nicht zu betonen. Falsch an diesem Vergleich, der sich auf den Holocaust bezieht, ist auch die Sicht auf die Juden. Denn die Juden in Europa, die dem Holocaust ausgeliefert waren, waren völlig hilf- und wehrlos. Der israelisch-jüdische Staat heute ist eine starke Wirtschaftsmacht und hat eine der stärksten Armeen der Welt.

Aber zurück zur Staatsräson. Die deutsche Unterstützung Israels mit fast allem, was Israel für seine Sicherheit braucht, ob Waffen oder Wirtschaftshilfe, ist eben deutsche Staatsräson. Den Preis für die von Deutschland durch die enge Identifizierung mit Israel angestrebte Absolution von der Last des Holocaust zahlen andere – nämlich die Palästinenser. Auch dies ist ein Beleg für die falsche Schlussfolgerung, die die deutsche Politik aus dem Holocaust zieht, denn die müsste universalistisch sein und nicht ausschließlich partikularistisch auf Israel bezogen. Die wichtigste Schlussfolgerung aus dem Genozid an den europäischen Juden müsste sei, dass alle Menschen gleich sind. Das sind sie aber weder in der israelischen noch in der deutschen Sicht dieses Verbrechens. Sonst gäbe es Israels Problem mit den Palästinensern gar nicht.

Ich möchte jetzt auf die innenpolitischen Folgen der Staatsräson eingehen. Ich sagte schon, dass die deutsche Politik sich ein Idealbild von Israel geschaffen hat – eine positive Projektionsfläche, auf die eigene Selbstbilder und Befindlichkeiten projiziert werden. Die deutsche politische Identität ist sehr eng an das Verhältnis zu Israel geknüpft. Die deutsche Staatsräson hat der SPD-Politiker Martin Schulz einmal so formuliert: „Indem wir Israel schützen, schützen wir uns selbst vor dem Dämon der Vergangenheit unseres eigenen Volkes.“ Die Staatsräson berührt also in der Sicht der deutschen politischen Elite den Wesenskern der deutschen staatlichen Identität. Man müsste diese Leute, die so etwas als Ideologie formulieren, eigentlich fragen, wie man aus dem realen Israel, einem brutalem Besatzungsstaat eine positive Identifikation für die eigene Identität ableiten kann.

Ich muss an dieser Stelle ein Zitat des Israeli Moshe Zuckermann bringen, wie er das deutsch israelische Verhältnis sieht: „Zu fragen gilt es gleichwohl, ob man in

Deutschland wirklich weiß, mit was für einem Staat man sich solidarisiert, wenn man Israel gegenüber eine solch beharrliche Loyalität bezeugt. Oder lässt man sich etwa durch die Pathosformel der Zufluchtsstätte [für Juden] dermaßen blenden, dass man die Realität dieses Staates gleichsam ausblendet, um sich ungestört und bar jeglicher Wirklichkeitsrelevanz der Sühnearbeit hingeben zu können? Weiß man in Deutschlands politischer Klasse wirklich nichts von der jahrzehntelangen Barbarei des israelischen Okkupationsregimes und seinen Auswirkungen auf Palästinenser und jüdische Israelis? Weiß man nicht, dass man sich mit einem Land solidarisiert, das Kriegsverbrechen begeht, das Völker- und Menschenrechte systematisch übertritt, das schon längst zu einem Apartheidstaat verkommen ist? Und wenn man das weiß, meint man nicht, die notwendige Verurteilung dieser barbarischen Praxis in irgendeiner Weise artikulieren zu sollen?“

Es liegt also ganz offen zutage, dass die deutsche Sicht auf Israel alles Negative, was diesen Staat ausmacht – Nakba, Besatzung, Apartheid und damit die brutale Unterdrückung eines ganzen Volkes sowie jetzt ein Völkermord im Gazastreifen – geflissentlich übersieht, denn diese Realitäten passen nicht in die angebliche Versöhnungsgeschichte zwischen dem Täterland und dem Opferland Israel. In dieses Versöhnungsnarrativ, das von der Staatsräson getragen wird, passen die Palästinenser natürlich nicht hinein, sie stören da nur die imaginierte Harmonie.

Damit bin ich beim Problem des Antisemitismus. Die Palästinenser sind eigentlich die Folgeopfer des europäischen Antisemitismus. Denn der Antisemitismus in Europa hat historisch den Zionismus hervorgebracht und damit auch den Staat Israel erst möglich gemacht. Da der deutsche Antisemitismus die größte Katastrophe für die Juden hervorgebracht und so auch zur Entstehung Israels beigetragen hat, müssten die Deutschen eigentlich auch eine Verantwortung für die Palästinenser haben.

Aber es gehört zu den perversen Folgen der Staatsräson, dass die Palästinenser in Deutschland nun selbst unter die Kategorie Antisemitismus fallen. Denn der Begriff des sogenannten „neuen Antisemitismus“, den Israel selbst geschaffen und den Deutschland ohne Bedenken übernommen hat, besagt, dass jede Kritik an Israel und seiner Politik Antisemitismus ist. So versucht der zionistische Staat, jede Kritik an seiner von Gewalt gegen ein ganzes Volk bestimmten Politik abzuwehren und Deutschland hilft ihm dabei tatkräftig mit. Die deutsche Politik

hat dafür sogar eigene Inquisitoren eingesetzt – die sogenannten Antisemitismus-Beauftragten.

Die Palästinenser in Deutschland sind also allein durch ihr Dasein und ihre Existenz die Antipoden der deutschen Staatsräson und damit eben „Antisemiten“. Aus diesem Faktum erklärt sich der ganze neue McCarthyismus: also die Bedrohung der Debattenkultur in diesem Land: die massive Einschränkung der Meinungsfreiheit, die Verbote von Veranstaltungen, die Ausladung von israelkritischen Referenten (auch wenn es Juden sind), die Entlassung von Journalisten, weil sie sich vielleicht propalästinensisch geäußert haben und und... Ich will und kann hier gar nicht alles aufzählen, was alles zur Unterdrückung der Meinungs-, Presse-, Informations- und Kunstfreiheit beiträgt. Sie kennen das alles. Deutschland ist offenbar durch seine Staatsräson, die die Festlegung auf den Zionismus verlangt, auf dem Weg in einen Polizeistaat.

Betroffen von diesen bürokratischen, politischen und polizeilichen Maßnahmen sind ganz offensichtlich die hier lebenden Palästinenser. Auf Grund der deutschen Staatsräson dürfen Palästinenser ihr Narrativ, das von den furchtbaren Erfahrungen mit dem Zionismus bestimmt ist, nicht öffentlich erzählen. Es ist absolut tabu. Geplant ist sogar, dass Ausländer, das heißt besonders Flüchtlinge oder Migranten aus dem arabischen Raum, die eingebürgert werden wollen, ein Bekenntnis zu Israel ablegen sollen. Was bleibt dann noch von den Werten einer liberalen, weltoffenen Demokratie übrig?

Der deutsche Historiker Jürgen Zimmerer zieht aus Merkels Dogmatisierung der Staatsräson folgende Bilanz: „Sie hat durch ihre Knesset-Rede dem offenen Diskurs einen Bärendienst erwiesen. Denn durch die Herleitung des Bekenntnisses zu Israel aus der geschichtlichen Verantwortung, die in der Merkelschen Staatsräson zum Ausdruck kam, wird im Umkehrschluss jede Debatte über den historischen Ort des Holocaust, über dessen Einzigartigkeit, zu einer Debatte über die Positionierung zu Israel und zum israelisch-palästinensischen Konflikt. Zugleich wird die Positionierung zu Israel zum Lackmustest für die Bereitschaft zur Aufarbeitung des Holocaust. Leidtragende sind die offene Gesellschaft sowie die Wissenschaft und die Kunstfreiheit.“

Zimmerer macht noch einen Zusatz, der sehr wichtig ist. Er sieht den Grund dafür, dass die Palästinenser ihr Narrativ – also vor allem die Nakba – hierzulande nicht öffentlich erzählen dürfen, darin, dass die Erfordernisse der

Staatsräson es vorschreiben, Israels Narrativ zu schützen. Eigentlich, so Zimmerer, müssten alle Deutschen – also auch die deutschen Staatsbürger palästinensischer Herkunft – ein Recht auf ihre Geschichte haben, müssten also ihr Narrativ erzählen und verbreiten dürfen. Dass ein Teil der Deutschen – eben die Palästinenser – dieses Recht nicht hat, darin sieht Zimmerer einen Rückfall in ein völkisches Staatsverständnis. Er wirft der deutschen politischen Elite also vor, ihr völkisches Denken noch nicht überwunden zu haben.

Zimmerer schreibt, dass es an Perfidität kaum zu überbieten sei, dass die deutsche Politik, die ja vorgibt, Lehren aus dem nationalsozialistischen „Rassenstaat“ (und damit auch aus dem Holocaust) gezogen zu haben, eine Politik macht, die Menschen (also die Palästinenser) auf Grund ihrer Meinung und ihrer Herkunft aus der Diskussion und damit aus der Gemeinschaft ausschließt.

Das Dogma von der Staatsräson in Deutschland blockiert inzwischen auch die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur (Stichwort: Postkolonialismus) und auch den aktuellen politischen Diskurs. Die deutsche Politik ist bereit, für die Solidarität und die totale Identifizierung mit Israel das wichtigste Kernelement der Demokratie – die Meinungs- und Pressefreiheit – zu opfern. In Deutschland herrscht inzwischen eine „Kultur des Mundtotmachens“, schreibt die amerikanisch-jüdische Publizistin Masha Gessen. Sie bekam in Bremen ja ein schönes Lehrbeispiel dafür geboten.

Ich möchte mit einem Zitat schließen, das die ganze Doppelmoral, man kann auch sagen Heuchelei der deutschen Israel-Politik, die ja die Staatsräson als Basis hat, offenlegt. Es stammt von der israelischen Journalistin Amira Hass von der Tageszeitung *Haaretz*. Ich möchte aber vorher noch ein paar Wort zu jüdischen Intellektuellen allgemein sagen, die sich zu der Situation in Deutschland äußern.

Damit ist die Kritik von jüdischer Seite an den deutschen Zuständen und Befindlichkeiten angesprochen. Es handelt sich dabei um eine eindrucksvolle – für die deutsche Seite aber sehr eher peinliche – Paradoxie, denn jüdische Intellektuelle (aus Israel und den USA oder auch aus Deutschland) melden sich mit Aussagen zur Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit und zum aktuellen politischen Diskurs in Deutschland über Israel zu Wort, die eigentlich in der innerdeutschen Debatte von deutschen Politikern und Intellektuellen gesagt und geschrieben werden müssten. Aber wegen der Staatsräson sind

solche Aussagen tabuisiert oder fallen der Zensur zum Opfer. Und sich mit Zivilcourage gegen eine solche Bevormundung zu wehren, ist nicht gerade eine deutsche Tugend.

Mit anderen Worten: Kritisch und progressiv denkende Juden sind das bessere deutsche Gewissen. Diese Juden vertreten universalistische Positionen und argumentieren eben nicht partikularistisch-nationalistisch im zionistischen Sinne. Deshalb sind sie in Deutschland nicht sehr beliebt, sie werden marginalisiert, man verbietet ihnen Räume für Veranstaltungen, in den Medien – auch in Talkshows – kommen sie nicht vor, ihnen werden Bankkonten gekündigt und es wird versucht zu verhindern, dass sie Preise für ihr öffentliches Wirken bekommen (siehe Göttinger Friedenspreis und Hannah-Arendt-Preis in Bremen). Oder man sperrt Gelder für Projekte, die vielleicht „antisemitisch“ sein könnten. Man beachte in diesem und in anderen Fällen den Konjunktiv! Es werden also auf Verdacht hin schon Events sanktioniert, die unter Umständen, also vielleicht „antisemitisch“ sein könnten!

Es handelt sich um Juden, die einfach nicht ins neudeutsche Bild von „Juden“ passen. Dabei haben sie vielmehr mit dem intellektuellen deutschen Judentum vor 1933 zu tun als mit den „Vorzeige-Juden“ im deutschen Medien- und Kulturbetrieb. Die deutsche Politik und die meisten Medien mögen nur die „richtigen“ Juden, also die, die sich zu Israel bekennen und sich mit diesem Staat identifizieren.

Nun aber zu Amira Hass. In einem Offenen Brief übte sie nach dem israelischen Einmarsch in den Gazastreifen scharfe Kritik an Bundeskanzler Olaf Scholz, der die Hamas dafür verantwortlich gemacht hatte, wenn das Leid und die Not der Zivilbevölkerung im Gazastreifen noch zunehmen sollten. Scholz hatte dann hinzugefügt: „Unsere eigene Geschichte, unsere Verantwortung, die aus dem Holocaust erwächst, macht es zu einer immerwährenden Aufgabe für uns, für die Existenz und die Sicherheit Israels einzutreten.“ Also ein klarer Hinweis auf die Staatsräson.

Amira Hass wies Scholz auf den Widerspruch in seiner Aussage hin: „„Das Leiden wird nur noch zunehmen“ (wie Scholz sagt), ist ein Blankoscheck für ein verwundetes, verletztes Israel, um hemmungslos zu pulverisieren, zu zerstören, zu töten, und riskiert, uns alle in einen regionalen Krieg, wenn nicht sogar in einen dritten Weltkrieg zu verwickeln, der auch Israels Sicherheit und Existenz gefährden würde. ‚Aber Verantwortung aus dem Holocaust‘ bedeutet, alles zu

tun, um einen Krieg zu verhindern, der zu Katastrophen führt, die wiederum zu Kriegen führen, die das Leid in einem endlosen Kreislauf vergrößern.“

Sie warf Scholz und den Deutschen, die die Staatsräson vertreten, dann vor, die Verantwortung, die aus dem Holocaust – also dem Leid der Angehörigen der Ermordeten und dem Leid der Überlebenden – erwachse, längst verraten zu haben. Verraten durch die vorbehaltlose deutsche Unterstützung Israels, das besetze, kolonisiere, den Menschen Wasser wegnehme, Land stehle, zwei Millionen Menschen im Gazastreifen in einem überfüllten Käfig gefangen halte, Häuser [von Palästinensern] abreiße, ganze Gemeinden aus ihren Häusern vertreibe und die Gewalt der Siedler fördere.

Auch solche authentischen und großartigen Stimmen, die den politisch Verantwortlichen in Deutschland ins Gewissen reden und die Staatsräson scharf kritisieren, gibt es im Apartheidstaat Israel!